

Unternehmer-Proteste gegen IHK-Beiträge

Immer mehr Unternehmen üben Kritik an Beitragshöhe und Zwangsmitgliedschaft

Immer mehr Unternehmen wehren sich dagegen, Beiträge an die Industrie- und Handelskammern zahlen zu müssen. Die Unternehmer beklagen unter anderem, dass die IHKs zu leichtfertig mit dem Geld umgehen. Das berichtet das Unternehmermagazin *impulse*. Demnach geht es den deutschen Unternehmen um Misswirtschaft, Verschwendung von Geldern und um mangelnde Kontrolle.



Unternehmer fordern Entlastung seitens der IHKs

Dem Bericht zufolge verfügen die IHKs über Finanzreserven in Milliardenhöhe. Deshalb fordere der „Bundesverband für Freie Kammern (BFFK)“ eine reale Entlastung der Unternehmen in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro. Nur wenige Kammern wollten Beiträge zurückzahlen. Als erste Kammer habe die IHK Hannover beschlossen, ihren Mitgliedern 1,3 Millionen Euro für 2009 zu erlassen. Der IHK-Verband habe diese Entscheidung jedoch scharf kritisiert. *Impulse* zufolge wollen immerhin zwölf Kammern 2010 die Umlage senken.

Kritikpunkte: Zuviel Geld, zu wenig Transparenz

Die Kritik deutscher Unternehmer gegen die Zwangsmitgliedschaft sei massiv: So leiste sich etwa die IHK Trier sieben Geschäftsführer plus Chef bei gerade mal 65 Angestellten. Die Gehälter der Kammerchefs seien zudem unbekannt: IHK-Kennern zufolge sollen die Hauptgeschäftsführer der größten IHKs bis zu 600.000 Euro pro Jahr verdienen. Bei mittelgroßen Kammern sollen bis zu 200.000 Euro Jahresgehalt gezahlt werden.

Immer mehr Unternehmer prozessieren

Einem Bericht der *Financial Times Deutschland* (FTD) zufolge ziehen immer mehr Unternehmer gegen die IHKs vor Gericht und fordern niedrigere Abgaben. Ein Beispiel sei Peter Lepper, Geschäftsführer von Technisat Digital, der Beiträge an die IHK Trier zahlt. Er halte es für rechtswidrig, dass sich die IHK Trier etwa an einem Radiosender oder dem Flugplatz Bitburg beteilige. Mit seiner Klage

wolle Lepper notfalls vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Auch der Arzt Michael Kroll prozessiere gegen den Beitragszwang, so die FTD. Seine Klage liege jetzt beim Bundesverfassungsgericht. Sein Kritikpunkt sei, dass seine IHK den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) subventioniert: „Warum soll ich als kleiner Unternehmer mit zwei Halbtagskräften das deutsche Haus in Moskau oder ein Grundstück des DIHK in Nigeria mitfinanzieren?“

Forderungen an die IHKs

Der „Bundesverband für Freie Kammern (BFFK)“ fordert aktuell die deutschen Kammern dazu auf, die Gehälter ihrer Führungskräfte offen zu legen. Diese seien als Körperschaften öffentlichen Rechts hierzu genauso verpflichtet wie die Vorstände von Krankenkassen, die ihre Gehälter seit 2004 veröffentlichen müssen, erklärt BFFK-Bundesgeschäftsführer Kai Boeddinghaus. „Die Kammern sind der Gesellschaft, die ihnen Rechte und Pflichten verliehen hat, zu Transparenz und Rechenschaft verpflichtet. Wenn sie dies nicht aus eigener Kraft tun, ist die Politik gefragt“, so Boeddinghaus weiter. Sein Verband fordert eine Änderung der bestehenden Gesetze zur Regelung der Rechte von Kammern dahingehend, dass Mitgliedschaften freiwillig sind, demokratische Wahlen stattfinden und die Kammertätigkeiten auf genau bestimmte Aufgaben begrenzt werden. (red/Mittelstanddirekt)

Weitere Infos zum BFFK, der seinerseits Mitglied im Europaverband der Selbständigen-Deutschland ist, finden sich im Internet unter www.bffk.de